



Wahlsieg für Livni aber Netanyahu neuer Ministerpräsident? Die Knesset-Wahlen 2009 in Israel

von Dr. Ralf Hexel, FES Israel, 13. Februar 2009

1. Am 10.02.2009 fanden in Israel vorgezogene Wahlen zur 18. Knesset statt. 5.278.895 wahlberechtigte Israelis waren aufgerufen, über die 120 Sitze ihres Parlaments abzustimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,2%, und damit 2% höher als bei den vorigen Wahlen.
2. Das politische System Israels ist instabil. Eine sehr zersplitterte Parteienlandschaft und eine nur 2%ige Sperrklausel bei Wahlen führen zu häufigen Regierungswechseln.
3. Der Wahlkampf wurde im Gefolge des Gaza-Krieges vollständig durch das Thema Sicherheit und den Aufstieg des Rechts-Populisten Avigdor Lieberman dominiert.
4. Die Wahl bestätigte den Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft. Das rechte-ultra-orthodoxe Lager errang 65 der 120 Mandate. Die linken Parteien erlitten eine dramatische Niederlage. Die Arbeitspartei kam lediglich auf 13 Sitze, Meretz auf 3. Stärkste Partei wurde mit 28 Sitzen die Zentrumspartei Kadima, gefolgt vom Likud (27) und Yisrael Beitenenu (15).
5. Wahlsiegerin Tzipi Livni von Kadima wird voraussichtlich nicht neue Ministerpräsidentin. Likud-Führer Benjamin Netanyahu hat das rechte Lager hinter sich und wird sehr wahrscheinlich von Staatspräsident Peres mit der Regierungsbildung beauftragt werden.
6. Für die Regierungskoalition sind mehrere Optionen möglich. Das wahrscheinlichste Szenario ist eine Mitte-Rechts Regierung unter Führung Benjamin Netanياهو, der auch Kadima angehört.
7. Auf den Nahost-Friedensprozess kommen schwierige Zeiten zu, da das siegreiche rechte Lager Konzessionen gegenüber den Palästinensern ablehnt. Eine Schlüsselstellung wird die Obama-Regierung spielen, die eine Zwei-Staaten-Lösung unterstützt und einer Friedensregelung zum Durchbruch verhelfen will.

Am 10. Februar fanden in Israel die Wahlen zur 18. Knesset statt. 5.278.985 registrierte Wähler waren aufgerufen ihre Stimme für die 120 Abgeordneten des neuen israelischen Parlaments abzugeben. Es wurden 3.416.587 Stimmen abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 65,2%. Bei den Wahlen 2006 waren es 63,2%. Insgesamt 33 Parteien bzw. Wahlvereinigungen waren zur Wahl angetreten. 12 von ihnen schafften den Sprung ins Parlament.

Die politische Zusammensetzung der 18. Knesset sieht folgendermaßen aus:

- a) *Zentrum:* Kadima (28 Sitze)
- b) *Linke Parteien:* Arbeitspartei, Meretz (16 Sitze)
- c) *Rechte Parteien:* Likud, Yisrael Beitenenu, Nationale Union, Jüdisches Haus (49 Sitze)

- d) *Religiös-ultraorthodoxe Parteien:* Shas, Vereinigtes Torah-Judentum (16 Sitze)
- e) *Arabische Parteien:* Vereinigte Arabische Liste, Hadash, Balad (11 Sitze)

Warum vorgezogene Neuwahlen?

Seit 1988 hat keine israelische Regierung mehr die komplette Legislaturperiode von vier Jahren überstanden. Ministerpräsident Ehud Olmert musste am 21.09.2008 nach nur 2,5 Jahren Regierungszeit im Gefolge von Korruptionsvorwürfen und anhaltenden polizeilichen Ermittlungen von seinem Amt zurücktreten. Als Außenministerin Tzipi Livni, seine Nachfolgerin als Vorsitzende der regierenden Kadima-Partei, es daraufhin nicht schaffte, eine neue Regierung zu bil-

den, mussten Neuwahlen ausgerufen werden.

Für die instabilen Regierungen in Israel gibt es zwei Hauptgründe. Der erste ist die enorm zersplitterte israelische Parteienlandschaft, in der sich unmittelbar die sehr heterogene Bevölkerung des Einwanderungslandes Israel ausdrückt. Parteien in Israel konstituieren sich nicht allein entlang politisch-ideologischer Linien, sondern auch auf der Basis ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten sowie spezifischer Gruppeninteressen (z. B. Rentnerpartei). Der zweite Grund ist die niedrige Sperrklausel von 2%. In der 17. Knesset waren 11 Parteien vertreten, ursprünglich sogar 12. Die Partei mit den meisten Sitzen war Kadima (29). Sie brauchte aber drei weitere Parteien - Arbeitspartei (19), Shas (12), Rentnerpartei Gil (6) -, um die für eine regierungsfähige Koalition notwendige Anzahl von Sitzen zu erreichen. Im Ergebnis dessen verfügen relativ kleine Parteien über einen unverhältnismäßig großen politischen Einfluss und ein hohes Druckpotential, um ihre politischen Forderungen durchsetzen zu können.

Der Wahlkampf - Sehnsucht nach Sicherheit und einfachen Antworten

Zwei Phänomene bestimmten den Wahlkampf zur 18. Knesset. Das erste war die 22 Tage währende Militäroperation „Gegossenes Blei“ der israelischen Armee (27.12.2008-17.01.2009) gegen die im Gaza-Streifen regierende Hamas. Diese Militäroperation hatte zur Folge, dass es nach Ende der Kampfhandlungen im Wahlkampf ausschließlich um Sicherheitsfragen und die zukünftige israelische Politik gegenüber den Palästinensern und den arabischen Nachbarn ging. Während wirtschafts- und sozialpolitische Fragen sowie gesellschaftspolitische Themen vor dem Beginn der Militäroperation noch eine Rolle spielten, waren sie nach deren Ende praktisch von der Agenda des Wahlkampfes verschwunden. Daran änderte auch die sich zuspitzende globale Wirtschaftskrise nichts, deren Auswirkungen auch in Israel mit einer drastisch zunehmenden Zahl von Entlassungen bereits deutlich zu spüren sind. Das Thema

Sicherheit wurde zum alles dominierenden Thema des Wahlkampfes.

Das zweite Phänomen war der rasante Aufstieg des russischstämmigen Politikers **Avigdor Lieberman**, Vorsitzender der rechts-nationalistischen Partei Yisrael Beitenu (Unser Haus Israel), die bisher mit 11 Abgeordneten in der Knesset vertreten war. Lieberman wurde 1958 in Kischiniew (Moldawien) geboren, wanderte 1978 nach Israel ein und trat während seines Studiums der Politikwissenschaften an der Hebrew University dem Likud bei. Durch seine Freundschaft zu Benjamin Netanyahu, der 1996 überraschend Ministerpräsident wurde, wurde er zunächst Generalsekretär des Likud und dann Büroleiter des Premiers Netanjahu. 1999 gründete Lieberman mit Yisrael Beitenu eine eigene Partei, die sich vor allem an die ca. 1 Mio. Israelis wendet, die in den letzten 20 Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion ins Land gekommen sind. Bei den Wahlen 1999 errang er mit seiner Partei umgehend einen Sitz im Parlament. Unter Ariel Scharon wurde er Infrastruktur- und Transportminister. In der Regierung Olmert war er für eine begrenzte Zeit Minister für strategische Angelegenheiten.

Anfang Dezember, also vor Beginn des Gaza-Krieges, wurden **Yisrael Beitenu** acht Sitze für die neue Knesset prognostiziert. Dann setzte eine Entwicklung ein, die sehr plastisch den mit dem Gaza-Krieg einhergehenden Rechtsruck in der öffentlichen Meinung in Israel zum Ausdruck bringt. Die überwältigende Mehrheit der jüdischen Israelis hatte die Militäroperation im Gaza-Streifen von Beginn an uneingeschränkt unterstützt. Als die Operation beendet wurde, war mehr als die Hälfte von ihnen der Meinung, dass dies ein Fehler war und die Kämpfe fortgesetzt werden müssten. Sie glaubten nicht an ein Ende der Bedrohung aus dem Gaza-Streifen. Nach ihrer Meinung hätte die Armee weiterkämpfen und die Hamas vernichten müssen. Sie verbinden den 2005 erfolgten Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen mit der Erfahrung eines massiv zunehmenden Raketenbeschusses israelischen Territoriums durch die Hamas.

Lieberman hat diese von Angst und Unsicherheit geprägte Stimmung aufgenommen und geschickt zu nutzen gewusst. Mit markig-populistischen Slogans hat er Regierung und Armee nach Beginn der Waffenruhe aufgefordert, weiterzukämpfen und die „Sache zu Ende zu bringen“, d. h., die Hamas vollständig zu vernichten. Zugleich hat er mit rassistischen Sprüchen und Anschuldigungen gegen die Araber und die arabischen Parteien in Israel Stimmung gemacht. Diese hatten während der Kämpfe und angesichts der hohen Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung öffentlich für die Palästinenser im Gaza-Streifen Partei ergriffen und die israelische Armee des Genozids bezichtigt. Lieberman beschuldigte daraufhin die arabischen Bürger Israels der Illoyalität gegenüber ihrem Staat. Er startete unter dem Titel „Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“ eine Kampagne, die zur zentralen Botschaft seines Wahlkampfes wurde. Außerdem kündigt er eine Gesetzesinitiative an, um die arabischen Bürger des Landes zu zwingen, einen Treueid auf den Staat Israel abzulegen. Ein weiterer, offen rassistischer Wahlslogan seiner Kampagne war: „Nur Lieberman versteht arabisch.“ Diese Sprüche entfalteten umgehend ihre Wirkung, denn einfache Antworten sind gefragt in schwierigen Kriego- und Krisenzeiten.

Im Umgang mit der Hamas lehnt Lieberman jede Art von Dialog ab und fordert den kompromisslosen Einsatz militärischer Stärke. Im Rahmen des Friedensprozesses vertritt er gegenüber den Palästinensern ein Konzept des gegenseitigen Gebietsaustauschs. Danach sollen arabische Bürger Israels mitsamt dem Land, auf dem sie leben, der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstellt werden, während im Gegenzug jüdische Siedlungen in der Westbank von Israel annektiert werden sollen. Was er vorschlägt, ist faktisch ein Bevölkerungstransfer, die Aussiedlung arabischer Bürger - immerhin 20% der Bevölkerung - aus Israel. In der Jerusalemfrage spricht er sich für eine Teilung der Stadt aus, d.h., dass die arabischen Viertel Teil eines zukünftigen Palästinensischen Staates sein sollen.

Lieberman ist in seinem öffentlichen Auftreten und seiner politischen Rhetorik mit

europäischen rechts-nationalen Populisten wie Jean-Marie Le Pen und Jörg Haider vergleichbar. Wie diese benutzt er Gefühle von Angst und Benachteiligung zur Mobilisierung nationalistischer und rassistischer Emotionen, um diese gegen Minderheiten zu richten. Denn die Israelis sind verunsichert, durch die nukleare Bedrohung aus dem Iran, die Raketenangriffe der Hamas und die Wirtschaftskrise. Sie blicken besorgt in die Zukunft. Solche Gefühle sind der klassische Nährboden für rechtes Gedankengut. In Krisenzeiten sehnen sich die Menschen nach einem starken Mann, der sie führt, und Lieberman bedient diese Sehnsucht.

Für die politische Kultur Israels ist es fatal, dass sich keiner der führenden Politiker des Landes eindeutig von der rassistisch-nationalistischen Rhetorik Liebermans distanzierte. Netanyahu, Livni und Barak, sie alle nahmen diese billigend in Kauf, denn sie gehen davon aus, dass eine erfolgreiche Regierungsbildung nur mit Lieberman - dann als Königsmacher - möglich sein wird.

Der **Likud** unter der Führung von Ex-Premier **Benjamin Netanyahu** sah Anfang Dezember 2008 mit 35 Mandaten wie der sichere Gewinner der Wahlen aus. Ihm war es in nur zwei Jahren Opposition gelungen, den Abwärtstrend des Likud nach der 2005 erfolgten Abpaltung der Sharon-Fraktion - die dann Kadima gründete - zu stoppen und die Partei, die in der 17. Knesset nur über 12 Sitze verfügte, zurück an ihren früheren Platz im Parteiengefüge zu führen. Der Likud schien für die Wahlen optimal aufgestellt. Netanyahu hatte sich frühzeitig die Unterstützung der Shas-Partei gesichert, die in den vergangenen Wahlen stets der ausschlaggebende Faktor für eine Regierungsbildung war. Außerdem hatte er den Likud politisch weiter in die Mitte gerückt, um neue Wählerschichten für die Partei zu gewinnen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnete Netanyahu den Iran als die größte Bedrohung für Israel. Die Hauptaufgabe einer von ihm geführten Regierung wäre die Beseitigung dieser Gefahr. Gegenüber den Palästinensern hat er deutlich gemacht, dass die Zwei-Staaten-Lösung und ein Rückzug aus den Siedlungen für ihn nicht zur De-

batte stünden. Netanyahu will die Besatzungspolitik - er selbst spricht von der „Verwaltung der Westbank“ - fortsetzen, da nur so Sicherheit für Israel möglich sei. Sein Konzept dafür heißt „ökonomischer Frieden“. Er bietet den Palästinensern wirtschaftliche Entwicklung ohne politische Eigenständigkeit bzw. eigenen Staat an. Außerdem betonte er, dass er nicht bereit sei, Jerusalem zu teilen. Auch der Golan müsse israelisch bleiben. Mit Bezug auf die Politik der jetzigen Regierung sagte er: „Die Ära der Schwäche ist vorbei. Die Ära der Stärke beginnt.“

Nach dem Ende des Gaza-Krieges änderte sich die Situation. Die Umfragewerte für den Likud nahmen ab und die für Yisrael Beitenu nahmen von Woche zu Woche zu. Der sich in der Gesellschaft verstärkende Trend nach rechts erfolgte praktisch als Gegenbewegung zu dem - wenn auch nur leicht - in die Mitte gerückten Likud. Das führte dazu, dass dieser seine rechten Wähler an den aggressiv auftretenden Lieberman verlor, ohne aus dem Zentrum, also von Kadima, Wähler hinzu zu gewinnen. Erst gegen Ende des Wahlkampfes gaben Vertreter des Likud ihre Zurückhaltung gegenüber Lieberman auf und appellierten an die rechten Wähler, dass jede Stimme für Lieberman dazu beitragen würde, Kadima an die Macht zu bringen. Zwei Tage vor den Wahlen war der Likud auf 28 Sitze abgerutscht und hatte nur noch ein bis zwei Sitze Vorsprung vor Kadima. Aus einer scheinbar entschiedenen Wahl war ein Kopf-an-Kopf Rennen zwischen Likud und Kadima geworden.

Außenministerin **Tzipi Livni** besitzt ein großes politisches Kapital, das sie im Wahlkampf zwar nicht vordergründig thematisierte, das aber eine zentrale Rolle für ihre politische Wirksamkeit spielt. Sie gilt in Israel als „saubere“ und integre Politikerin, die anders als viele ihrer Kollegen noch nie in Skandale verwickelt war. Außerdem gilt sie als unbestechlich. Viele Menschen, vor allem junge, vertrauen ihr daher und sehen in ihr einen neuen Politikertyp. Während des Gaza-Krieges hat sie sich außerdem erfolgreich in der Führungstroika mit Premier Olmert und Verteidigungsminister Barak behauptet. Es gelang ihr, sich als führungsstarke und

auch in Sicherheitsfragen kompetente Politikerin zu präsentieren.

In ihren Wahlkampfauftritten hat Tzipi Livni immer wieder erklärt, dass sie im Verhandlungsprozess mit den Palästinensern für politischen Dialog und die Zwei-Staaten-Lösung eintrete. Sie präsentierte sich als Politikerin, die sich dem Frieden verschrieben hat. Zugleich warfen Kritiker aus dem linken Lager ihr aber vor, dass ihre Positionen zur Zukunft Jerusalems unklar seien und dass sie zwar mit den Palästinensern verhandele, aber gar kein Ergebnis erzielen wolle. Mit Blick auf den Likud argumentierte sie, es dürfe keine Politik des „entweder Frieden oder Sicherheit“ geben. In Bezug auf die USA erklärte sie nachdrücklich ihre Bereitschaft, in enger Kooperation mit der Obama-Regierung intensiv an einer Friedenslösung für den Nahen Osten arbeiten zu wollen. .

Als der Gaza-Krieg begann, wurden der **Arbeitspartei**, bisher 19 Knessetmandate, lediglich 9 Sitze im neuen Parlament prognostiziert. Bereits während der Kampfhandlungen in Gaza stiegen die Werte aber wieder an und erreichten nach dem Krieg 15 Sitze. Grund hierfür war allein das Wirken des Parteivorsitzenden Ehud Barak als Verteidigungsminister. Ihm wurde das erfolgreiche Agieren der Armee im Gaza-Streifen zugeschrieben sowie deren Rehabilitation nach dem erfolglosen Libanon-Krieg im Jahr 2006. Zugleich zeigten die Umfragen aber auch, dass man ihm nicht zutraute, das Land als Ministerpräsident zu führen. Benjamin Netanyahu und Tzipi Livni lagen hier stets weit vor ihm.

Im Wahlkampf präsentierte sich **Ehud Barak** als erfahrener Politiker und militärischer Führer. Sicherheit sei für ihn nicht nur militärische sondern auch wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Gegen die Feinde Israels müsse mit harter Faust vorgegangen werden, während den verhandlungsbereiten Kräften auf palästinensischer Seite die offene Hand gereicht werden könne. Er versprach ein entschiedenes Vorgehen gegen die Bedrohung aus dem Iran und kündigte eine strategische Kooperation mit der Regierung Obama bei der Schaffung von Frieden

im Nahen Osten an. Die Friedensinitiative der Arabischen Liga, so Barak, sei ein guter, wenn auch nicht in allen Punkten akzeptabler Ansatz für zukünftige Verhandlungen. Wirtschafts- und sozialpolitische Themen spielten bei ihm keine Rolle.

Die Arbeitspartei führte besonders Wahlkampf gegen Kadima, da man dorthin die meisten Stimmen verloren hatte. Kadima wurde als Partei ohne eigenes Konzept und Profil dargestellt und Tzipi Livni als in Sicherheitsfragen unerfahrene Politikerin bezeichnet, die nicht in der Lage sei, das Land zu führen. Eine Koalition mit Yisrael Beiteanu wollte Barak nicht ausschließen, obwohl führende Abgeordnete seiner Partei das von ihm gefordert hatten. Einen Tag vor der Wahl kündigte Barak an, nur dann Verteidigungsminister in einer neuen Regierung werden zu wollen, wenn seine Partei annähernd 20 Mandate erreiche.

Als Mehrheitsbeschaffer spielte die **Shas-Partei** in den vergangenen Jahren eine ganz zentrale Rolle in der israelischen Politik. Die großen Parteien (Likud, Labor und seit 2005 Kadima) waren stets auf die ultra-orthodoxe sephardische Partei angewiesen, um eine Regierung bilden zu können. Mit einer frühzeitigen Koalitionsaussage zu Gunsten des Likud schien Shas diese Rolle erneut spielen zu können. Dann veränderte sich aber mit dem Gaza-Krieg und dem Aufstieg Lieberman das gesamte Koordinatensystem für den Wahlkampf. Shas verlor nicht nur Stimmen an Lieberman, sondern auch die politisch so ungemein wichtige Rolle als Königsmacher. In dem völlig von sicherheitspolitischen Themen beherrschten Wahlkampf spielte die vor allem sozialpolitische Agenda von Shas praktisch keine Rolle mehr. Bei den Wahlen 2006 hatte die Partei noch mehr als die Hälfte ihrer Stimmen von nicht-orthodoxen Wählern bekommen. In einem letzten Versuch, angesichts sinkender Umfragewerte Wähler zu mobilisieren, attackierte Rabbi Ovadia Yosef, der spirituelle Führer von Shas, Lieberman wenige Tage vor der Wahl ganz direkt. Er sagte, dass eine Entscheidung für Lieberman bedeute, „dem Teufel Macht zu geben“ und eine Partei zu unterstützen, die den Verkauf von Schweinefleisch sowie zivile Ehen unterstütze.

Die **Meretz-Partei** war mit großen Erwartungen und Ansprüchen in den Wahlkampf gestartet. Als gemeinsame Liste mit einer im November 2008 neu gegründeten linken Initiative präsentierte man sich als neue sozialdemokratische Bewegung und als Alternative zur Arbeitspartei, die - so der Schriftsteller Amos Oz - ihre „historische Mission erfüllt habe.“ Meretz-Vorsitzender Haim Oron warf Tzipi Livni und Ehud Barak vor, „Bibi's tools“ zu sein, also die Werkzeuge von Likud-Chef Benjamin Netanyahu, da sie keine wirklich andere Politik als dieser anzubieten hätten. Die Gaza-Militäroperation unterstützte „Die Neue Bewegung – Meretz“, so der offizielle Name der Liste, anfangs. Mit der steigenden Zahl ziviler Opfer distanzierte sich Meretz von der Operation und forderte deren Einstellung. Die anfängliche Unterstützung erwies sich aber als schwerer strategischer Fehler, denn Meretz war nun für Kritiker der Militäroperation keine Alternative mehr zur Politik der Regierung. Die Umfragewerte sanken daraufhin stetig.

Wahlergebnisse und politische Zusammensetzung der 18. Knesset

Der sich in den Wochen vor der Wahl abzeichnende Rechtsruck in der öffentlichen Meinung wurde durch die Wahlergebnisse bestätigt. Die Israelis wollen zwar mehrheitlich einen Ausgleich mit den Palästinensern und auch eine Zwei-Staaten-Lösung, aber sie trauen dem linken Lager nicht mehr zu, dies durchsetzen zu können. Zwar gewann die Zentrumspartei Kadima die Wahl mit 28 Mandaten, aber trotzdem konnten die rechten und ultra-orthodoxen Parteien unter Führung des Likud (27 Sitze) ihre Stimmenzahl in der 18. Knesset erhöhen. Sie verfügen nun über insgesamt 65 Abgeordnete gegenüber 55 Abgeordneten der Mitte-Links-Parteien (vgl. Tabelle auf der letzten Seite). Wenn man davon ausgeht, dass Kadima eine Mitte-Rechts Partei ist, bleiben für die linken zionistischen Parteien, die Arbeitspartei und Meretz, nach dieser Wahl zusammen nur noch 16 Mandate. Die Linke hat damit in Israel dramatisch an Einfluss verloren. Der renommierte Historiker Tom Segev kommentierte sogar, dass die Linke in

Israel damit von der politischen Bühne verschwunden sei. Die drei arabischen Parteien konnten mit 11 Mandaten ihre Position halten, bzw. um einen Sitz verbessern. Die Rentnerpartei Gil, als Protestpartei mit sieben Sitzen in der vorherigen Knesset vertreten, schaffte den Einzug ins Parlament nicht mehr.

Stärkste Fraktion wurde mit 28 Mandaten Kadima mit ihrer Vorsitzenden Tzipi Livni. Sie erhielt vor allem die Stimmen jener, die für eine Fortführung des Friedensprozesses und für einen Ausgleich mit den Palästinensern eintreten. Sie erhielt viele Stimmen von Frauen und jungen Menschen. Und sie erhielt Stimmen traditioneller Wähler von Meretz und Arbeitspartei, die ihre Stimme diesmal aus strategischen Gründen der aussichtsreicheren Kadima gaben, um so einen Wahlsieg des Likud und eine Regierungsbeteiligung Liebermans zu verhindern. Der Wahlforscher Rafi Smith schätzt, dass sie auf diese Art Meretz und Arbeitspartei etwa ein Drittel der Wähler abnahm. Außerdem gelang es ihr, mit dem Slogan „Entweder Tzipi oder Bibi“ kurz vor der Wahl noch viele unentschlossene Wähler für sich zu gewinnen.

Benjamin Netanyahu schaffte mit dem Likud ein eindrucksvolles Comeback. Er gewann gegenüber 2006 15 Mandate hinzu und erreichte mit 27 Sitzen nur knapp geschlagen Platz zwei. Trotzdem wird er sich fragen müssen, wie er den bereits sicher geglaubten Wahlsieg innerhalb weniger Wochen noch verlieren konnte. Der sehr starke rechte Flügel in der Partei wird ihn dafür kritisieren, zu weit ins politische Zentrum gerückt zu sein. Er wurde vor allem von jenen gewählt, die gegen einen Ausgleich mit den Palästinensern sind, besonders auch in den Siedlungen der Westbank.

Der große Gewinner der Wahl war Avigdor Lieberman. Seine Partei Yisrael Beiteinu erreichte 15 Mandate und wurde damit drittgrößte Partei. Er bestimmte mit seiner populistischen und rechts-nationalistischen Agenda den Wahlkampf. Sein politischer Einfluss ist enorm gestiegen. Viele traditionelle Likud-Wähler gaben diesmal ihm ihre Stimme. Er wurde zum Königsmacher, denn mit

seiner Koalitionsaussage entscheidet er darüber, wer die neue Regierung bildet und Ministerpräsident wird. Ihn wählten vor allem die russischsprachigen Einwanderer und jene, die sich nach einem „starken Mann“ sehnen.

Der große Verlierer der Wahl sind Ehud Barak und die Arbeitspartei. Sie erreichten nur 13 Mandate, sechs weniger als in der vorigen Knesset, und sind jetzt lediglich die viertstärkste Fraktion. Ein absoluter Tiefpunkt für eine Partei, die im Jahr 1992 unter Yitzhak Rabin noch mit 44 Abgeordneten in der Knesset vertreten war. Offene Rücktrittsforderungen an Parteichef Barak gab es trotz der dramatischen Wahlniederlage bisher nicht. Aber die Parteistatuten sehen vor, dass innerhalb von 14 Monaten nach einer Parlamentswahl, in der die Arbeitspartei nicht mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, die Parteiführung neu gewählt werden muss. Yitzhak Herzog, bisher Sozialminister und Nr. 2 auf der Wahlliste der Arbeitspartei, hat dafür inoffiziell bereits seine Kandidatur angekündigt.

Die Arbeitspartei steht nun vor der Frage, ob sie in die Opposition geht und von dort eine programmatische und personelle Erneuerung in Angriff nimmt, oder ob sie sich an der Bildung einer neuen Regierung beteiligt. Barak hat, entgegen seiner Äußerung vor der Wahl, bereits erklärt, dass die Wähler ein Bündnis von Kadima, Likud und Arbeitspartei wünschten und damit seine Bereitschaft zum Mitwirken an einer Regierung signalisiert. Führende Vertreter der Arbeitspartei lehnen es aber ab, erneut als Juniorpartner in eine Regierung einzutreten. Sie wollen in die Opposition gehen und haben dabei nicht zuletzt den Likud vor Augen, der es nach drei Jahren Oppositionsarbeit schaffte, seine Mandate mehr als zu verdoppeln.

Ein Schock war für viele Vertreter des linken Lagers das Wahlergebnis von „Die neue Bewegung – Meretz“. Anstelle der angestrebten zweistelligen Sitzzahl wurden nur drei Mandate erreicht. Der Zusammenschluss mit der neu gegründeten linken Bewegung führte für Meretz zu keinerlei Stimmenzuwachs, das Gegenteil geschah.

Die Ursachen hierfür waren 1) die sich als schwerer Fehler erweisende anfängliche Zustimmung zum Gaza-Krieg, 2) die Irrelevanz der eigenen Wahlkampfthemen angesichts der absoluten Dominanz des Themas Sicherheit und 3) die Tatsache, dass viele Meretz-Wähler mit einer Stimme für Kadima einen Sieg Netanyahus und Liebermans verhindern wollten und außerdem Tzipi Livni inzwischen als politisch wirkungsvollere Vertreterin des Friedenslagers ansahen. Ob Haim Oron weiterhin Vorsitzender von Meretz bleiben wird, ist nicht abzusehen. Rücktrittsforderungen gegen ihn gibt es bisher nicht, zumindest nicht in der Öffentlichkeit.

Die beiden ultra-orthodoxen Parteien - Shas und Vereinigtes Thora-Judentum - erreichten zusammen 16 Sitze, zwei weniger als 2006. Auch sie verloren Stimmen an die Partei Liebermans. Die größte Zustimmung erhielten sie mit 45% der Stimmen in Jerusalem, während es in Tel Aviv nur 10% waren.

Die arabischen Bürger wählten diesmal ausschließlich ihre eigenen Parteien (Vereinigte Arabische Liste, Hadash und Balad). Die zionistischen Parteien erhielten bei dieser Wahl von ihnen praktisch keine Stimmen mehr, während es 2006 noch ca. 25% waren. Besonders die Arbeitspartei hatte früher von arabischen Wählern profitiert. Die Wahlbeteiligung lag mit 51,5 % deutlich niedriger als bei der jüdischen Bevölkerung. Bei dieser Zahl spielt eine Rolle, dass aus Protest gegen den Gaza-Krieg und die anti-arabische Kampagne Liebermans anfangs ein Wahlboykott erwogen wurde. Das geringere Interesse ist aber insgesamt Ausdruck des Gefühls von Diskriminierung bei der arabischen Bevölkerung. Würden sie alle wählen gehen, könnten sie ein echter Machtfaktor sein.

Die Zahlen belegen, dass es in der neuen Knesset mit 65 Mandaten eine Mehrheit für das rechte-ultraorthodoxe Lager gibt. Das bedeutet, dass eine Mehrheit der Abgeordneten grundsätzlich gegen Kompromisse mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn eingestellt ist. Eine Fortsetzung des Friedensprozesses wird daher schwieriger sein als mit der vorigen Knesset, in der

die dialogbereiten Kräfte mit 70 Abgeordneten eine klare Mehrheit hatten. Eine zentrale Frage ist nun, ob der Rechtsruck in der politischen Landschaft Israels von Dauer sein wird und welche Konsequenzen dies für den Nahost-Friedensprozess hat.

Szenarien für die Regierungsbildung

Offenbar ist es in Israel leichter, Neuwahlen zu verursachen, als Regierungen zu bilden. Allein in den letzten 13 Jahren gab es sechs mal Neuwahlen, also in einem Rhythmus von nur etwas mehr als zwei Jahren. Es ist daher eine dringende Aufgabe, das israelische Regierungs- und Wahlsystem zu reformieren. Die großen Herausforderungen, vor denen Israel steht - die mit dem Friedensprozess verbundenen grundlegenden Entscheidungen, die Auseinandersetzung mit der Bedrohung durch den Iran, die Bewältigung der Israel bereits mit Wucht treffenden globalen Wirtschaftskrise - erfordern eine starke und handlungsfähige Regierung.

Die Instabilität des Wahl- und Regierungssystems

Wenn die notwendigen Reformen ausbleiben, wird sich die Instabilität des israelischen Regierungssystems auch nach dieser Wahl fortsetzen. Die Wähler haben auch diesmal keine eindeutige Entscheidung getroffen. Kadima gewann die Wahlen mit nur einem Sitz Vorsprung vor dem Likud. Beide Kandidaten, Tzipi Livni und Benjamin Netanyahu beanspruchen deshalb den Wahlsieg für sich. Livni mit dem Argument, dass das Volk Kadima gewählt habe und sie demzufolge die nächste Regierung bilden werde. Netanyahu argumentiert, dass die rechten Parteien mit 65 Sitzen eine klare Mehrheit errungen hätten, und er deshalb der Wahlsieger sei. Es wird vom drittplatzierten Kandidaten, von Avigdor Lieberman, abhängen, wer die Regierung bildet. Ob er seinen neu gewonnenen Einfluss aber langfristig politisch umsetzen kann, ist offen, denn kurz vor der Wahl wurden gegen ihn polizeiliche Ermittlungen wegen Korruption aufgenommen.

Nach dem israelischen Grundgesetz - Israel hat keine geschriebene Verfassung - muss

Staatspräsident Shimon Peres im Anschluss an die Wahlen die politischen Parteien konsultieren und auf der Grundlage dieser Konsultation darüber entscheiden, welchen Politiker er mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Gewöhnlich ist das der Vorsitzende der Partei mit den meisten Stimmen, aber eine Verpflichtung dazu gibt es nicht. Der Präsident hat die Möglichkeit, „jedes Knessetmitglied auszuwählen, von dem er glaubt, dass es die besten Chancen hat, eine Regierung zu bilden.“ Nach maximal 42 Tagen muss die neue Regierung dann gebildet sein. Peres, der ebenfalls der Kadima-Partei angehört, muss also nicht zwangsläufig die Wahlsiegerin Tzipi Livni mit der Regierungsbildung betrauen. Wenn er aufgrund der Empfehlungen der Parteien zu der Überzeugung kommt, dass Benjamin Netanyahu bessere Aussichten hat, ein stabiles und regierungsfähiges Kabinett zu bilden, kann er auch diesem den Auftrag dazu erteilen.

Peres hat drei Optionen für seine Entscheidung. Er beauftragt entweder Livni oder Netanyahu mit der Regierungsbildung, oder er fordert beide auf, gemeinsam eine große Koalition mit eingebauter Rotation zu bilden. Dann würde jeder von beiden jeweils zwei Jahre als Regierungschef fungieren. Peres selbst hat Erfahrung mit diesem Modell, denn er hatte in den achtziger Jahren mit dem damaligen Likud-Chef Yitzhak Schamir ein solches Rotationsabkommen abgeschlossen. Angesichts des knappen Wahlausgangs wäre diese Lösung sogar im Sinne vieler Wähler, denn Likud und Kadima erreichen mit 55 Mandate fast die Hälfte der 120 Knessetsitze. Am 18. Februar werden voraussichtlich die endgültigen Wahlergebnisse bekannt gegeben. Dann beginnt der Präsident, die in der neuen Knesset vertretenen Parteien zu konsultieren.

Ein bitterer Sieg für Tzipi Livni?

Welche Chancen hat Tzipi Livni, von Präsident Peres mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden? Um dieses Ziel zu erreichen, müsste Livni entweder von Netanyahu oder von Lieberman eine Zusage zur Koalitionsbildung bekommen. Eine Mitte-Links Regierung ist angesichts der 55 Sitze des linken Lagers, in der auch die 11 Sitze der

bisher noch nie an einer Regierung beteiligten arabischen Parteien enthalten sind, ausgeschlossen. Netanyahu wird kaum eine Ministerpräsidentin Livni akzeptieren, denn er sieht sich und das rechte Lager als Wahlsieger. Eher möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, ist ein Bündnis Livnis mit ans Yisrael Beitenu. Sie hat nach einem ersten Treffen mit Lieberman erklärt, dass sie diesen bei zwei seiner zentralen politischen Ziele unterstützen würde: der Zulassung von zivilen Eheschließungen und einer Reform des Regierungssystems (Lieberman strebt ein Präsidialsystem an). Da Lieberman, der bisher ein Zusammengehen mit Livni nicht ausgeschlossen hat, auch nicht grundsätzlich gegen eine Zwei-Staaten-Lösung und eine Teilung Jerusalems eingestellt ist, gäbe es theoretisch tatsächlich eine Basis für eine Zusammengehen der beiden Parteien. Für eine funktionierende Regierung wären dann aber mindestens zwei weitere Partner nötig. Die Arbeitspartei? Wenig wahrscheinlich, denn in der Arbeitspartei scheint eine Mehrheit den Gang in die Opposition vorzuziehen. Und der ultra-rechte Lieberman wird angesichts des Wahlsieges seines eigenen politischen Lagers kaum einer Regierung mit einer Zentrums- und einer Linkspartei zur Mehrheit verhelfen. Trotz des Wahlsieges hat Tzipi Livni offenbar nur geringe Chancen, neue Ministerpräsidentin zu werden. Ein bitterer Sieg, wenn sie als Wahlsiegerin in die Opposition gehen müsste.

Benjamin Netanyahu – Wahlverlierer aber trotzdem Ministerpräsident?

Auch wenn er die Wahl nicht gewonnen hat, besitzt Benjamin Netanyahu deutlich bessere Chancen, neuer Ministerpräsident zu werden. Er könnte allein mit den Parteien des rechten-ultraorthodoxen Lagers und den gewonnenen 65 Mandaten eine Regierung bilden. Zwar hat Lieberman als kluger Taktiker ein Bündnis mit Kadima bisher nicht ausgeschlossen, trotzdem gibt es eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit, dass er mit seinem ehemaligen Chef und Mentor Netanyahu zusammengehen wird. Unter diesem würde er erster stellvertretender Ministerpräsident werden und ein wichtiges Ministeramt erhalten. Zwar würde dies zu Problemen mit der ultra-orthodoxen Shas führen, doch

haben Vertreter der säkularen Yisrael Beitenu bereits signalisiert, dass sie einer Koalition mit Shas durchaus offen gegenüberstünden. Wenn diese beiden Parteien sich einigen - und Shas war in den vergangenen Jahren immer pragmatisch, wenn es um die Regierungsbeteiligung ging - dürfte es für Netanyahu kaum noch unüberwindbare Hindernisse bei der Bildung einer rechten Regierung geben.

Die Frage ist aber, ob Netanyahu eine ausschließlich rechte Regierung überhaupt will, ob dadurch sein politischer Spielraum sowohl in der Innen- aber besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu sehr eingeschränkt würde. Dies gilt im besonderen für die Zusammenarbeit mit der Obama-Regierung, die den Nahost-Friedensprozess aktiv gestalten und mit „aggressiven Schritten“ voranbringen will. Es ist schwer vorstellbar, dass eine israelische Regierung, die sich gegen echte Zugeständnisse im Friedensprozess stellt, eine gemeinsame Sprache mit dem wichtigsten Verbündeten des Landes, den USA, findet.

Eine Mitte-Rechts Koalition mit Likud und Kadima?

Vor diesem Hintergrund könnte es für Netanyahu von strategischem Vorteil sein, die friedensbereite Tzipi Livni an der Regierung zu beteiligen. Außerdem könnte er mit ihr in der Koalition die rechts vom Likud stehenden Parteien des eigenen Lagers zügeln und zu Konzessionen zwingen. Während seiner ersten Amtszeit als Ministerpräsident konnte er erfahren, was es heißt, das eigene politische Schicksal zu sehr von religiösen und ultra-rechten Parteien abhängig zu machen. Seine Aufforderung an Kadima, einer von ihm geführten Regierung beizutreten, weist genau in diese Richtung. Er ist auch bereit, dafür einen entsprechenden politischen Preis zu zahlen: Kadima könnte das Außenministerium und Verteidigungsministerium bekommen. Ein Ministerpräsident Netanyahu würde dann mit einer Außenministerin Livni und einem Verteidigungsminister Mofaz in einer Mitte-Rechts Koalition regieren, der außerdem noch Avigdor Lieberman's Yisrael Beitenu angehören könnte.

Eine solche Konstellation könnte auch im Interesse Livnis sein. Ihre Kadima-Partei verfügt über keinerlei Erfahrung in der Op-

position. Seit sie 2005 gegründet wurde, war sie stets in der Regierung. Es ist völlig ungewiss, ob die nach innen wenig gefestigte Partei, die Herausforderung von vier Jahren Opposition überstehen und nicht auseinander brechen würde. Der Hardliner und Führer des rechten Flügels der Partei, Ex-Generalstabschef Shaul Mofaz, könnte in dieser Entscheidung eine wichtige Rolle spielen. Während Livni erklärte, dass sie nicht die Absicht habe, eine rechts-ultraorthodoxe Regierung zu akzeptieren, machte ein hoher Kadima-Vertreter bereits deutlich, dass man letztlich in eine Likud geführte Regierung eintreten werde, wenn man dafür das Außen- und Verteidigungsministerium erhalte.

Wenig Chancen für eine Regierung der nationalen Einheit

Am Wochenende vor der Wahl sprachen sich in einer von der Zeitung „Maariv“ durchgeführten Umfrage 54% der Israelis für eine ganz große Koalition aus. Ihr sollten, mit Netanyahu an der Spitze, auf jeden Fall Likud, Kadima und Arbeitspartei angehören. Es ist zwar nicht auszuschließen, aber nicht sehr wahrscheinlich, dass es zu einer solchen Regierung der nationalen Einheit kommt. Netanyahu selbst scheint dieser Konstellation positiv gegenüber zu stehen. Er hat das in Interviews erkennen lassen. Widerstand gegen eine Koalition der nationalen Einheit wird aber vor allem aus der Arbeitspartei kommen. Zwar hat Parteichef Barak dafür sein Einverständnis angedeutet als er gleich nach der Wahl erklärte, dass die Wähler sich für eine Koalition aus Kadima, Likud und Arbeitspartei entschieden hätten. Er weiß schließlich, dass Benjamin Netanyahu ihn sehr gern als Verteidigungsminister in seinem Kabinett hätte. Aber eine Reihe seiner Mitstreiter wissen auch, dass die Arbeitspartei mit ihren nur 13 Sitzen keinen großen Einfluss auf die politische Agenda der neuen Regierung haben würde. Sie befürchten einen weiteren Bedeutungs- und Einflussverlust ihrer Partei und ziehen es deshalb vor, in die Opposition zu gehen.

Perspektiven für den Friedensprozess

Benjamin Netanyahu hat vor den Wahlen sehr deutlich gesagt, welche Positionen er

im Verhältnis zu den Palästinensern und zu den arabischen Nachbarn vertritt: Keine Räumung von Siedlungen im Westjordanland, keine Teilung Jerusalems und keine Rückgabe des Golan an Syrien.

Wenn er, worauf alles hindeutet, neuer Regierungschef wird, wird der im Gefolge des Gaza-Krieges und des gescheiterten Annapolis-Prozesse ohnehin zum Stillstand gekommene Friedensprozess wohl noch komplizierter werden. Auch das Verhältnis zu den USA wird schwieriger werden. Präsident Obama wird sich mit Kritik an einer israelischen Regierung, die nicht zu Konzessionen im Friedensprozess bereit ist, auf Dauer gewiss nicht zurückhalten. Er hat bereits erklärt, dass die Schaffung von Frieden im Nahen Osten zu den obersten Prioritäten der neuen US-Außenpolitik gehört. Das enge Bündnis zwischen Israel und den USA wird mit Sicherheit unangetastet bleiben, aber es ist nicht auszuschließen, dass es zu einer neuen Art von Spannungen kommt zwischen einer US-Regierung, die sich „aggressiv“ für den Friedensprozess einsetzen will und einer israelischen Regierung, die eine andere Politik verfolgt. Auch im Verhältnis zum Iran verfolgen beide Partner offenbar grundverschiedene Ansätze. Während Netanyahu die USA am liebsten für einen Militärschlag gegen die iranischen Nuklearnanlagen gewinnen würde, hat die US-Regierung gerade angekündigt, politische Kontakte zum Iran aufzunehmen, um die bestehenden Konflikte im Dialog zu lösen.

Ein weiteres Problemfeld ist die schwierige Situation auf der palästinensischen Seite. Die Spaltung zwischen PLO/Fatah und Hamas besteht sowohl politisch als auch territorial weiter und erschwert jede Art von Verhandlungen. Gegenüber der Hamas ist Netanyahu zu keinerlei Gesprächen oder Kontakten bereit, er will sie vernichten. Mit der Fatah will er zwar Gespräche aufnehmen, allerdings mit dem Fokus auf einem „wirtschaftlichen Frieden“. Die Zwei-Staaten-Lösung steht für ihn derzeit nicht auf der politischen Tagesordnung. Einen Durchbruch im israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess wird es mit Netanyahu deshalb kaum geben. Aber trotzdem kann es zu erheblichen Fortschritten in konkreten

Einzelfragen kommen, denn er wird sich dem Druck der US-Regierung nicht völlig entziehen können. Außerdem hat er in der Vergangenheit bewiesen, dass er sehr wohl zu pragmatischen Entscheidungen in der Lage ist.

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas ließ nach Bekanntwerden der israelischen Wahlergebnisse erklären, dass er nicht mit einem israelischen Ministerpräsidenten verhandeln werde, der den Friedensprozess ablehne. Chefunterhändler Sajeb Erekat erklärte, Israel habe „für einen Zustand der Lähmung gestimmt“, da die neue israelische Regierung „ungeachtet ihrer Zusammensetzung nicht in der Lage sein wird, den Friedensprozess mit den Palästinensern oder Syrien voranzutreiben.“ Und die Hamas teilte mit, dass der Wahlerfolg von Livni, Netanjahu und Lieberman zeige, „dass die Zionisten die radikalsten Terroristen gewählt haben.“ „Wir haben es nun mit drei Köpfen zu tun, die für Radikalismus und Terror stehen.“

Anders als mit den Palästinensern könnte die Entwicklung im Verhältnis zu Syrien verlaufen. Der syrische Außenminister hat bereits angekündigt, dass sein Land bereit sei, die abgebrochenen indirekten Gespräche mit der neuen israelischen Regierung wieder aufzunehmen und sie in direkte Verhandlungen zu überführen. Es ist keinesfalls auszuschließen, dass Netanyahu trotz seiner Ankündigung, dass der Golan israelisch bleiben müsse, zu einer Einigung mit Syrien bereit ist. Wichtiges Argument für eine solche Entscheidung könnte sein, dass mit einer Rückgabe des Golan ein Keil in die Achse Damaskus-Teheran getrieben würde. Denn auf diese Art könnte Israel eine spürbare Reduzierung der Bedrohung durch den Iran erreichen. Die Rückgabe der 1967 eroberten Golan-Höhen, also der Tausch Land gegen Frieden, würde dann zu mehr Sicherheit für Israel führen.

Unter einer rechten bzw. Mitte-Rechts Regierung in Israel zeichnen sich zwei Szenarien für den Friedensprozess ab:

Das erste Szenarium ist eine rechte Regierung, die dem Friedensprozess ablehnend

gegenübersteht und - vor allem im Gefolge des Drucks der US-Regierung - nur zu begrenzten Fortschritten, vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, im Verhältnis zu den Palästinensern bereit ist. Im Verhältnis zu Syrien gibt es keine wesentlichen Verbesserungen. Verstärkend wirkt in diesem Szenario, dass die instabilen Machtverhältnisse in Israel dazu führen, dass die Regierung nur begrenzt handlungsfähig ist. Uneinigen Palästinensern würde dann eine schwache israelische Regierung gegenüberstehen. Das Ergebnis wäre im besten Fall Stillstand.

Das zweite Szenarium ist eine weitgehend stabile Mitte-Rechts Regierung, die sich, wenn auch widerstrebend, in Kooperation mit den USA, der EU und Partnern in der Region zu Zugeständnissen im Friedensprozess durchringt. Während es im Verhältnis zu den Palästinensern noch nicht zu einem Durchbruch kommt, gelingt es, Frieden mit Syrien zu schließen und die Bedrohung aus dem Iran zu verringern. Rechte bzw. Mitte-Rechts Regierungen besitzen für solche Entscheidungen erfahrungsgemäß größeren politischen Spielraum als linke.

Fazit

Die Wahl hat deutlich gemacht, in welcher gespaltenen Situation sich Israel befindet. Da ist einerseits der Wunsch und die Hoffnung der Menschen, im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung in Frieden mit den Palästinensern Seite an Seite zu leben. Der Wahlsieg Tzipi Livnis steht genau dafür. Andererseits gibt es die konkrete Erfahrung, dass der Rückzug aus dem Südlibanon (2000) und dem Gaza-Streifen (2005) zu neuen Kriegen - Libanonkrieg 2006 und Gaza-Krieg 2009 - geführt hat. Die Menschen haben Angst vor neuer Bedrohung und erneutem Raketenbeschuss. Der daraus erwachsende Glaube, dass eine Lösung nicht durch Politik und Dialog, sondern nur durch militärische Stärke erreicht werden kann, hat zum Aufstieg Avigdor Liebermans und zu einem Wahlsieg des rechten Lagers unter Führung Benjamin Netanyahus geführt. Aus dieser Situation heraus eine stabile und handlungsfähige Regierung zu formen, die mit ihrer Politik die Existenz Israels sichert und einen für alle Seiten akzeptablen Frieden in der Region erzielt, ist die Herausforderung, vor der die israelischen Politiker jetzt stehen.

Ansprechpartnerin: Annette Lohmann, Tel: 030 / 26 935-7423, E-Mail: Annette.Lohmann@fes.de
Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Sie finden den Hintergrundbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der Region auf <http://www.fes.de/nahost>.

Ergebnisse der Wahlen zur 18. Knesset

Partei	Charakterisierung (Vorsitzender)	Sitze 2009 (2006)	Stimmen %
Kadima (Vorwärts)	2005 durch Ariel Sharon gegründete Zentrums-Partei (Tzipi Livni)	28 (29)	22,5
Likud (Zusammenhalt)	Konservativ-nationalistisch (Benjamin Netanyahu)	27 (12)	21,6
Yisrael Beiteinu (Unser Haus Israel)	Rechts-nationalistische Partei (Avigdor Lieberman)	15 (11)	11,7
Awoda (Arbeitspartei)	Sozialdemokratische Partei (Ehud Barak)	13 (19)	9,9
Shas (Sephardische Torah-Wächter)	Ultraorthodoxe Partei vorwiegend orientalischer Juden (Eli Yishai)	11 (12)	8,5
Agudat Yisrael (Verein- igtes Torah- Judentum)	Ultraorthodox, vorwiegend ashkena- sische Juden (Yakov Litzman)	5 (6)	4,4
Ra'am - Ta'al (Vereinig- te Arabische Liste)	Bündnis Arabische Demokratische Partei, Islamische Partei und Ta'al (Arabische Bewegung für Erneue- rung) (Ibrahim Sarsur)	4 (4)	3,4
Halchud HaLeumi (Nationale Union)	Radikale rechte Partei (Yaakov Katz)	4 (-)	3,3
Hadash (Demokrati- sche Liste für Frieden und Gleichheit)	Bündnis unter Führung KP Israels mit überwiegend arabischen Mitgliedern (Mohammad Barakeh)	4 (3)	3,3
The New Movement – Meretz (Elan)	Links-liberal (Haim Oron)	3 (5)	3
HaBeit HaYehudi (Jüdisches Haus)	Religiös-zionistische Partei, Nachfol- ger der National Religiösen Partei (NRP) (Daniel Hershkowitz)	3 (5)	2,9
Balad (Nationales Demokra- tisches Bündnis)	Radikale arabisch-nationale Partei (Jamal Zahalka)	3 (3)	2,5